

Fünf Themen für die neue Regierung für die Zukunft Deutschlands

Ernstmachen mit der Energiewende

Die Energiewende in Deutschland steht aktuell am Scheideweg. Dem Ausbau der Erneuerbaren wurde ein widersinniger Deckel aufgesetzt, während in die fossile Infrastruktur weiter Geld fließt. Das Ergebnis: Unsere Emissionen sind seit acht Jahren nicht mehr gesunken. International bekennen wir uns zu den Zielen des Paris-Vertrags, aber zu Hause geht es nicht voran. Das muss sich dringend ändern, und zwar mit einem sofortigen Beginn des Kohleausstiegs. Bis 2020 muss die Hälfte der Kapazitäten vom Netz, bis 2035 der Rest. Angela Merkel hat in den Jamaika-Sondierungen bereits zugesagt, bis 2020 zusätzlich sieben Gigawatt Braunkohle stillzulegen – das muss nun Minimalkonsens sein. Für den Pfad bis 2035 braucht es eine gesamtgesellschaftliche Kohleausstiegskommission mit Vertretern aus Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, die zeitnah ihre Arbeit aufnimmt. So lässt sich der Wandel in den betroffenen Regionen sozialverträglich gestalten, für alle Beteiligten Planungssicherheit herstellen und den Zielen des Paris-Vertrags gerecht werden. Sinnvoll wäre in jedem Fall, Deutschlands Aktivitäten zum Klimaschutz sektoren-, ressort- und länderübergreifend zu koordinieren und verbindlich zu machen, und zwar in einem [Klimaschutzgesetz](#).

Landwirtschaftspolitik neu beginnen

Die europäische Agrarpolitik ist derzeit praktisch losgelöst von internationalen und nationalen Nachhaltigkeitszielen, zu denen sich die EU und die Mitgliedstaaten verpflichtet haben. Die Mehrheit der Länder nutzt die 54 Milliarden Euro, die jährlich für die Landwirtschaft ausgegeben werden können, eindeutig nicht, um mit einer nachhaltigen Landwirtschaft Ziele etwa beim Arten- und Klimaschutz zu erreichen. Der Löwenanteil der Gelder verschwindet in einer ziellosen Subventionierung. Deutschland ist da keine Ausnahme. Konkrete nationale Ziele im Arten-, Boden- und Gewässerschutz hat die bisherige Regierung nicht ernsthaft verfolgt. Das Nachsehen haben die Landwirte, die nachhaltig produzieren und damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Dabei ist die Landwirtschaft selbst abhängig von intakten Ökosystemen. Die Chance für Veränderung bietet die anstehende Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) in diesem Jahr. Die neue Bundesregierung muss sich in Brüssel dafür einsetzen, dass diese Reform Schluss macht mit pauschalen, flächenbezogenen Agrarsubventionen, die Landwirtschaft und Natur mehr schaden als nutzen. Stattdessen braucht es EU-weit klare Ziele beim Klimaschutz, dem Erhalt von Biodiversität und dem Schutz von Wasser und Boden, die auf nationaler Ebene durch spezifische Programme mit Leben gefüllt werden.

Verkehrswende einleiten

Im Verkehrssektor hat die Politik bislang komplett versagt. Dabei ist seit Jahren bekannt, wie brenzlich die Lage ist. Die Regierung darf die deutsche Autoindustrie nicht länger vor den nötigen Entwicklungen abschirmen. Mit diesem falsch verstandenen Protektionismus schadet sie ihr und damit auch der deutschen Wirtschaft. Und auf diese Weise lassen sich weder die Treibhausgase, die im Verkehrssektor heute sogar höher liegen als 1990, noch die Feinstaubwerte, die in vielen Städten durch die Decke gehen, senken. Es braucht endlich ein ganzheitliches Mobilitätskonzept. Dazu gehört eine Quote für Elektroautos. Sie schafft einen Markt für E-Fahrzeuge und lässt Hersteller in die Massenproduktion übergehen. Und nur mit Null-Emissions-Fahrzeugen kann Deutschland auch weitgehende Klimaneutralität erreichen, zu der es sich verpflichtet hat. Neben der Quote ist ein festes Ausstiegsdatum für Neuwagen mit Verbrennungsmotoren unverzichtbar, um Herstellern wie Verbrauchern Planungssicherheit zu geben. Wirklich zukunftsfähig wird der Verkehrssektor aber nur, wenn deutlich mehr Menschen unabhängig vom eigenen Pkw werden.

Finanzen grünen

Nach wie vor finden Umweltbelange bei Finanzierungsentscheidungen politisch zu wenig Beachtung. Die systematische Integration von Nachhaltigkeitsbelangen, Risiken und Chancen in die Ausrichtung unseres Finanzsystems ist nicht zuletzt eine Aufgabe der Finanzmarktregulierung. Deutschland hängt hinter anderen Ländern hier meilenweit zurück. Das muss sich ändern. Denn das Finanzsystem kann als eine Art Hebel dabei helfen, die Wirtschaft emissionsfrei und nachhaltig zu gestalten. Um Bewegung in das Finanzsystem zu bringen, besteht ein erster Schritt darin, umweltbezogene Risiken transparent zu machen. Die neue Bundesregierung sollte dafür u.a. die Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Transparenz finanzieller Klimarisiken (TCFD) implementieren. Klar ist außerdem: Klima- und umweltschädliche Subventionen sind mit einer zukunftsfähigen Politik nicht vereinbar, deshalb muss bis spätestens 2020 Schluss sein mit diesen destruktiven Geldströmen. Stattdessen kommt es auf die grundsätzliche Lenkung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Mittel in umwelt- und klimaverträgliche Projekte und Zwecke an.

Beleben der Nachhaltigkeitsstrategie

Mit der Nachhaltigkeitsstrategie soll Deutschland aufzeigen, wie es die in New York vereinbarte Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung umsetzt. Doch dem vor einem Jahr verabschiedeten Papier mangelt es an Ambition und Verbindlichkeit. Die Ziele, die sich Deutschland bis 2030 setzt, sind viel zu schwach: Noch klafft eine Riesenlücke zwischen dem, was Deutschland in New York unterschrieben hat, und dem, was es in eigener Verantwortung verfolgt. Auch die Regeln zur Umsetzung bleiben unkonkret und unverbindlich. Die neue Bundesregierung muss hier dringend nachlegen. Grundsätzlich bedürfte es künftig einer verpflichtenden Überprüfung allen Regierungshandelns auf seine Verträglichkeit mit den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie.

Ansprechpartner:

Lea Vranicar
Pressestelle WWF Deutschland
Telefon: +49 (0)30 311 777-467
E-Mail: lea.vranicar@wwf.de